

Liebe Kameradin, lieber Kamerad, liebe Freunde und Freundinnen der VVN-BdA - Nr.: 03/2016 – Juli 2016

Ende Juli demonstrierte die Extreme Rechte wieder einmal als PEGIDA in unserer Stadt - inzwischen zum 20-ten Mal in diesem Jahr.

Unter den ca. 50 Kundgebungsteilnehmern befanden sich ein gutes Dutzend stadtbekannter Nazis aus dem Umfeld der Partei "Die Rechte".

Angesichts der brutalen Anschläge in Würzburg, München und Ansbach hatten sich die selbsternannten „Retter des Abendlandes“ offensichtlich größeren Zulauf zu ihrer Hetzkundgebung erwartet.



Über 200 Gegendemonstranten zeigten diesem reaktionären Haufen, was von den Hetzparolen zu halten ist.

Erschütternde Zahlen:

6.548 rechte Straftaten bereits im ersten Halbjahr

Die Zahlen zu rechter Gewalt in der BRD steigen unaufhörlich. Im ersten Halbjahr 2016 registrierte die Polizei bereits 6.548 Straftaten von Neonazis und anderen Rechten (5.496 im Vergleichszeitraum 2015), 520 davon waren Gewaltdelikte (2015: 342).

Diese Zahlen nannte die Bundesregierung Anfang August in einer Pressemitteilung.

Bei rechten Übergriffen seien in diesem Jahr bereits 399 Menschen verletzt worden (2015: 271). Die Polizei habe von Januar bis Juni 3.227 Tatverdächtige ermittelt.

Laut Zahlen des BKA, habe es bis einschließlich Juli 665 Attacken auf Unterkünfte von Asylbewerbern gegeben, 613 der Angriffe seien eindeutig rechts motiviert gewesen.

Herzliche Einladung
zum Sommertreff der
VVN-BdA Nürnberg
am Dienstag, 16. August,
ab 18.30 Uhr in der
Gaststätte Schanzenbräu
(in Gostenhof, Adam-Klein-Straße 27)
Bei - hoffentlich - schönem Wetter
natürlich im Biergarten

Auch auf der Kundgebung in Nürnberg zeigte PEGIDA ein Transparent mit der Friedenstaube.



Für die VVN-BdA stellte Georg Neubauer dazu vor Ort fest:

„Rassismus und aggressive Hetze gegen Andersdenkende im eigenen Land einerseits - die Propagierung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker andererseits - das ist der Inhalt der Friedenstaube! - **das passt nicht zusammen!**

Und auch nicht die Forderung nach mehr und direkter Demokratie - wie sie auf dem Transparent verkündet wird.

Hier hat jemand Kreide gefressen und versucht uns zu betrügen.

Erinnert sei auch daran: Die Friedenstaube wurde der Friedensbewegung 1949 von Pablo Picasso geschenkt. Picasso war Kommunist und Internationalist. Der Missbrauch des Symbols durch die Extreme Rechte ist allein deshalb schon offensichtlich.“

Mehr dazu auf unserer Web-Seite:
<http://nuernberg.vvn-bda.de/>



AUFRUF Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD!

Seit Ende 2014 tragen erschreckend viele Menschen rassistische und antidemokratische Haltungen auf die Straßen, die zunehmend in den Alltag dringen. Gleichzeitig eskaliert die rassistische Gewalt. Tagtäglich werden Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, islamfeindliche Übergriffe nehmen zu.

Die AfD ist die Partei, die diese Rechtsentwicklung repräsentiert und radikalisiert

Mit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) deutlich gemacht: sie will eine andere Republik. Sie steht für einen autoritären Staat auf völkisch-nationaler Grundlage und für ein reaktionäres Frauen- und Gesellschaftsbild, in dem die soziale Sicherung privatisiert oder in die Familie zurückverlagert wird. Die AfD ist an vielen Orten zum Sammelbecken der extremen Rechten und zum Zentrum rassistischer, insbesondere antimuslimischer Mobilisierung geworden.

Es gibt eine große Solidarität mit Geflüchteten und eine starke Ablehnung der rassistischen Hetze der AfD. Zugleich wissen wir, dass es ein hohes Maß an Zustimmung zu extrem rechten Denkmustern bis in die Mitte der Gesellschaft gibt. Dazu gehören Rassismus, völkischer Nationalismus und der Wunsch nach einem autoritären Staat.

Die AfD vertraut darauf, dass Rassismus und Deutschtümelei so weit verbreitet sind, dass niemand merkt, dass sie den Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen, außer hohlen Phrasen nichts anzubieten hat. Ob Leiharbeit, befristete Verträge, Niedriglöhne, Wohnungsnot oder Altersarmut: Eine Stimme für die AfD ist keine Stimme für eine solidarische Gesellschaft.

Gesicht zeigen gegen rechte Hetze

Im September 2016 will die AfD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin in zwei weitere Landesparlamente einziehen. Mit Aufstehen gegen Rassismus wollen in den Wochen vor den Wahlen Gesicht zeigen und die Stimmung in Berlin prägen. Wir wollen verhindern, dass Rassistinnen und Rassisten weiteren Raum für ihre Hetze bekommen. Wir wollen nicht zulassen, dass die AfD mit ihrem extrem rechten Programm weiter an Einfluss gewinnt. Keine Stimme für die Partei der rassistischen Mobilisierungen!

Deshalb rufen wir auf, am 3. September 2016 in Berlin mit einer Demonstration und einem Konzert ein klares Zeichen zu setzen:

Flüchtlinge Willkommen – Asyl ist Menschenrecht!

Wir werden weiterhin Geflüchtete mit offenen Armen empfangen. Denn Asyl ist Menschenrecht.

Wir werden uns stark machen für gleiche politische und soziale Rechte für alle Menschen.

Wir stehen an der Seite der Muslime und aller anderen, die rassistisch diskriminiert und bedroht werden.

Wir wenden uns gegen jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und jede andere Form des Rassismus, Homophobie und Frauenfeindlichkeit.

Unsere Alternative heißt Solidarität.

Wir rufen alle Menschen, zivilgesellschaftliche Akteure und Bündnisse, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kulturschaffende, Religionsgemeinschaften und Parteien dazu auf, mit uns gemeinsam die Demonstration und das Konzert am 3.9. in Berlin zu mobilisieren und durchzuführen.

Unterstützung des Aufrufs an: 3.September@aufstehen-gegen-rassismus.de

Eine treffende Einschätzung zum vorgeschlagenen „Antiterror“-Maßnahmenpaket des Innen-ministers de Maizière und den Forderungen seiner Unions-Innenministerkollegen.

„Die Terrorangst wird entfacht, um humane und demokratische Grundsätze vollends fahren zu lassen. Der Ausnahmezustand soll zum Dauerzustand werden. In ihrem Neun-Punkte-Plan hat Merkel nun Bundeswehreinmärsche im Innern und mehr Abschiebungen angekündigt. Der bayerische Innenminister hat das präzisiert und verlangt, dass auch in Krisengebiete abgeschoben wird.

Das bricht mit der aktuellen Rechtslage, und darum geht es auch: die Bevölkerung so weichzuklopfen, dass sie weiteren Demokratieabbau und organisierten Fremdenhass hinnimmt oder sogar selbst entfacht. Vergessen wir nicht, dass sich die Zahl der rechtswidrigen Attacken auf Flüchtlinge im letzten Jahr verfünffacht hat, allein an die 100 Brandanschläge auf Flüchtlingsheime gab es in diesem Jahr.

Und die regierungsamtliche Propaganda vom allgegenwärtigen »islamistischen Terror« wird die Gewalttäter in ihrem rassistischen Wahn nur weiter beflügeln.

Während die Bundesregierung den Ausbau ihrer Gewaltorgane ankündigt, sagt sie andererseits kein Wort zu den Ursachen von Flucht und Terror, die sie zu einem guten Teil selbst zu verantworten hat.

Sie müsste endlich eine friedliche Außenpolitik organisieren. Stattdessen beteiligt sie sich an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten mit Hunderttausenden zivilen Opfern und hat ihre Rüstungsexporte gerade auch in Krisengebiete auf Rekordhöhen hochgetrieben.

Sie müsste den Sozialstaat in Deutschland für alle ausbauen, auch für die Migranten. Stattdessen nimmt die Verarmung in Deutschland zu, wird die soziale und medizinische Versorgung der Flüchtlinge weiter blockiert und diesen jetzt sogar damit gedroht, in Krisen- und Kriegsgebiete abgeschoben zu werden.

Das ist de facto ein Aufzuchtprogramm des Terrorismus.“

(Gefunden auf www.Nachdenkseiten.de :

Ein Interview mit Conrad Schuhler, Mitherausgeber des Münchner ISW-Wirtschaftsinfo - zum Thema Terror - warum ...)

Aktivitäten in Nürnberg am Antikriegstag , 1. September 2016 unter dem Motto:

Abrüsten und verhandeln statt weiterer Kriege

- Nürnberger Friedensforum und DGB Mittelfranken, 15 – 18 Uhr, Lorenzkirche, *Informationen und Mitmachaktion*
- Jugendbündnis, ab 18 Uhr, Kundgebung, Weißer Turm, *Tote fallen nicht vom Himmel und Kriege wachsen nicht auf Bäumen*
- ver.di Mittelfranken, 18 Uhr, Gewerkschaftshaus Nürnberg, Raum Burgblick, *Außenpolitik muss Friedenspolitik sein*, Vortrag: Dr. Erhard Crome.

Aufgrund von Anfragen, wie es denn weitergeht mit den „Freihandelsabkommen“ für Banken und Konzerne CETA und TTIP



Abfahrtsort: Südausgang Hauptbahnhof, Nelson-Mandela-Platz, 08:30 Uhr

Mitfahrt für Gewerkschaftsmitglieder kostenfrei, Anmeldung bei DGB Mittelfranken erforderlich

Tickets bei attac Nürnberg, Bund Naturschutz, Die Linke, Mehr Demokratie wagen

Waffen für Islamisten - Armee Syriens hebt Depot von Al-Nusra-Front aus. Waffen aus USA, Deutschland und Tschechien - gefunden

Von Karin Leukefeld, Damaskus



Aus dem Waffendepot der Al-Nusra-Front
Foto: Quelle: RT/Screenshot

US-Präsident Barack Obama hat seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin vorgeworfen, in Aleppo mit »rücksichtslosen Bombardierungen« die dort eingeschlossene Zivilbevölkerung zu gefährden. Moskau helfe den syrischen Streitkräften, humanitäre Lieferungen zu blockieren. Dennoch werde er sich weiter bemühen, mit Russland eine »Deeskalation« der Lage herbeizuführen, so Obama bei einer Pressekonferenz am Donnerstag (Ortszeit) im Pentagon. Er wolle die russische Kooperationsbereitschaft testen, um »einen Weg« zu finden, über den politische Verhandlungen beginnen können. Putin konterte mit dem Vorwurf, dass Washington seit Jahren islamistische Kampfgruppen in Syrien bewaffnet hätte, die Sicherheit und Stabilität nicht nur dort gefährdeten.

Russische Kampfflugzeuge hatten seit Mitte Juli Stellungen der Al-Nusra-Front und ihrer Verbündeten in und um Aleppo angegriffen. Die Gruppe, die sich inzwischen in »Front zur Eroberung Syriens« umbenannt hat, gilt als das »Rückgrat der oppositionellen Kampfverbände«, wie es in der libanesischen Tageszeitung *Al-Safir* hieß.

Das Hauptquartier der Islamisten in Bani Said im Umland von Aleppo konnte inzwischen von der syrischen Armee gesichert werden. Dabei stießen die Truppen auf ein Depot, in dem modernste Waffen gefunden wurden. Filmaufnahmen zeigen Waffen, die »mehrheitlich aus den USA, Deutschland und der Tschechischen Republik« stammten, hieß es in einem Bericht des von Russland finanzierten Senders *RT*, der die Bilder veröffentlichte.

Gefunden wurden große Mengen Munition, Mörsergranaten und Boden-Luft-Raketen. Besondere Aufmerksamkeit erregten »TOW«-Systeme, moderne Antipanzerraketen, die aus den USA stammen. Charles Shoebridge, ein ehemaliger Offizier der britischen Armee, wies gegenüber *RT* darauf hin, dass die USA bereits 2015 öffentlich angekündigt hatten, »Antipanzerraketen vom Typ »TOW« an »moderate Rebellen« in Syrien« zu liefern. Wie schon in anderen Fällen waren die Waffen rasch in den Bestand der Al-Nusra-Front übergegangen, die die »moderaten Rebellen« überfallen und ausgeraubt hatten.

Die unter anderem von Deutschland und der Europäischen Union unterstützte Organisation »Conflict Armament Research« hat wiederholt dokumentiert, dass Waffen, die an die Golfstaaten, an die nordirakischen Peschmerga oder an die vom Westen als »moderat« bezeichneten Kampftruppen geschickt worden waren, im Laufe der Gefechte in den Besitz der Al-Nusra-Front oder des »Islamischen Staates« übergegangen waren.

Trotzdem werden die Lieferungen über die Türkei und Jordanien an die Islamisten in Syrien nicht unterbunden, wie der Bericht des Reporternetzwerkes BIRN Ende Juli öffentlich machte (siehe *jW* vom 2.8.).

Beobachter sind sich einig, dass die Zukunft Syriens sich militärisch in Aleppo und in Idlib entscheiden wird. In Idlib agiert die von der Türkei, Saudi-Arabien und Katar unterstützte »Armee der Eroberung«. (...)

Sollte die syrische Armee weitere Erfolge erringen, werden die Kampfgruppen früher oder später aufgeben und sich auf einen verhandelten Abzug einlassen müssen. Derweil bezahlt die Zivilbevölkerung weiterhin für den Krieg mit Gesundheit und Leben.

(Aus *Junge Welt*, 6.08.2016) Es bestätigt sich:

**Wer Waffen sät, wird
Flüchtlinge ernten!**